

Wie die Schweiz von TTIP betroffen ist

Freihandel 9 Fragen und Antworten zur Veröffentlichung der Geheimpapiere zum umstrittenen Abkommen

VON FABIAN HOCK

1 Was ist gestern passiert?

Die Umweltorganisation Greenpeace hat geheime Papiere aus den Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft - bekannt als TTIP - der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zuvor spielte sie die Dokumente dem Rechercheverbund aus «Süddeutscher Zeitung», WDR und NDR zu.

2 Was ist gestern nicht passiert?

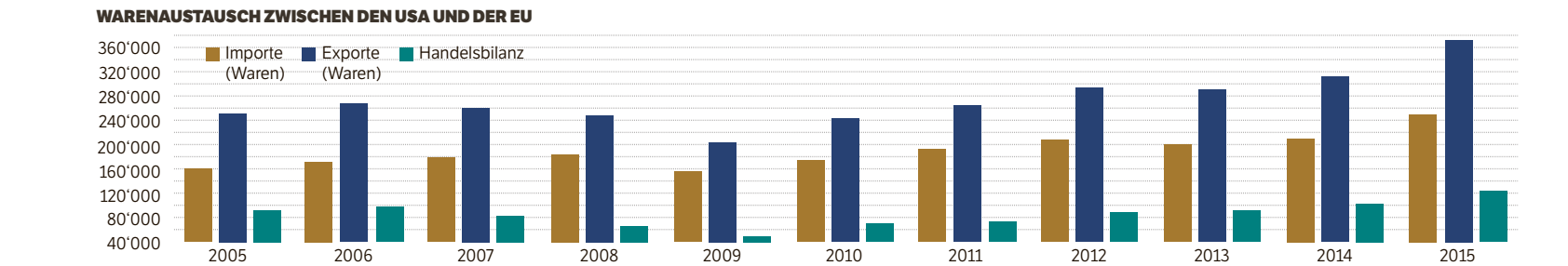
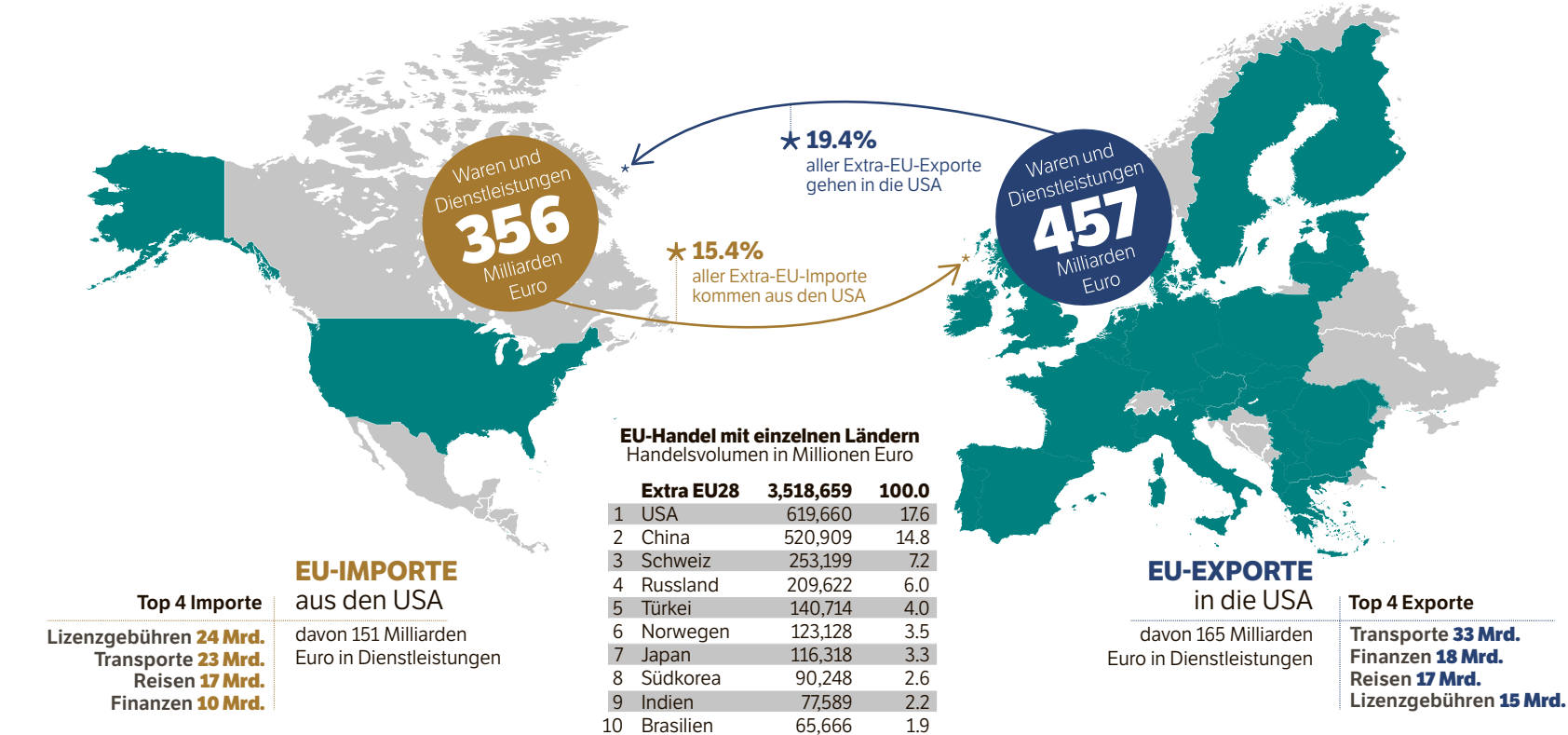
Es wurde kein ausgehandelter Vertrag ans Tageslicht gebracht. Was gestern öffentlich wurde, ist die Position der EU und jene der USA. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström kommentierte: «Im Gegensatz zu dem, was viele offenbar glauben, sind sogenannte «Konsolidierte Texte» in einer Verhandlung nicht dasselbe wie ein Ergebnis.» Sie zeigten die Verhandlungspositionen – «nicht mehr». «Es sollte nicht überraschen, dass es Bereiche gibt, in denen die EU und die USA unterschiedliche Standpunkte haben.»

3 Was belegen die Papiere?

Die an die Öffentlichkeit gebrachten - Neudeutsch: «geleakten» - Papiere zeigen, dass die EU und die USA in einigen kritischen Punkten noch weit auseinander liegen. Darunter sind drei richtig «dicke Brocken»: Muss künftig in der EU nach US-Vorbild nicht mehr die Ungefährlichkeit von Lebensmitteln, sondern deren Risiko bewiesen werden? Letzteres will die US-Seite durchsetzen. Europäische Verbraucherschützer lehnen das ab. Unklar ist ausserdem, wer in Streitfällen zwischen Konzernen, die sich benachteiligt fühlen, und Staaten, die ihnen Geschäfte verwehren, entscheiden soll. Die USA haben ausserdem in den Autoexporten der EU einen wunden Punkt ausgemacht: Will die EU Autos ohne Hemmnisse in die USA verkaufen, soll sie im Gegenzug die Tür für US-Agrarprodukte weiter öffnen.

4 Was bedeutet die Offenlegung dieser geheimen Inhalte?

Laut Economiesuisse: nicht viel. «Der Überraschungswert der sogenannten «Enttüllungen» von gestern ist gleich null», sagt Jan Atteslander zur «Nordwestschweiz». Der Leiter Aussenwirtschaft beim Dachverband der Wirtschaft erklärt, dass am Ende jeder TTIP-Verhandlungsrunde, von denen es bisher dreizehn gab, genau kommuniziert wird, wo man sich einig wurde. Bei der öffentlichen Beschaffung, dem Streitschlichtungsverfahren, dem regulatorischen Umfeld oder der Lebensmittelsicherheit bestünden nach wie vor offene Punkte, weshalb die unterschiedlichen Positionen der EU und der USA kaum überraschen dürften. Martin Naville von der Schweizerisch-Amerikani-



10

Millionen Europäer sind heute schon vom Handel mit den USA abhängig. Die USA sind der wichtigste Handelspartner für die EU.

50

Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. So stark wären die EU und die USA zusammengekommen. Die Freihandelszone wäre also die grösste und wohlhabendste Zone der Welt.

schen Handelskammer ergänzt: «In solchen Verhandlungen schlachtet man die heiligsten Kühe immer erst ganz am Schluss.» Ferner seien die Enthüllungen «Teil der Verhandlungstaktik».

5 Was steckt hinter dem Begriff TTIP?

Das Freihandelsabkommen TTIP soll die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den USA erweitern. Befürworter versprechen sich mehr Wirtschaftswachstum und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen. Entstehen würde die grösste Freihandelszone der Welt mit mehr als 800 Millionen Verbrauchern.

6 Wie ist die Schweiz betroffen?

Die Schweiz sitzt nicht mit am Verhandlungstisch. Sollte das Abkommen verabschiedet werden, hat sie voraussichtlich drei Möglichkeiten: Nichts tun, an das Abkommen andocken oder auf eigene Faust ein Abkommen mit den USA anstreben. Da die dann neu geschaffene Freihandelszone EU-USA jedoch rund 80 Prozent des Schweizer Aussenhandels betrifft, wird sich die Eidgenossenschaft das

genau überlegen müssen. Betroffen ist die hiesige Wirtschaft in jedem Fall.

7 Wer ist hierzulande für einen Anschluss an TTIP?

Einige Wirtschaftsverbände haben sich klar für ein «Andocken» an TTIP ausgesprochen. Auch Economiesuisse ist für eine Marktöffnung: Man könne sich jedoch heute noch nicht endgültig festlegen - erst müsse das Abkommen stehen. Zentral ist der diskriminierungsfreie Zugang zu den Absatzmärkten in der EU und den USA. Jan Atteslander betont: Die Schweiz habe in vielen Punkten eine ähnliche Sichtweise wie die EU. Er ist sicher: «Die EU wird nichts unterschreiben, was nicht in die politische Landschaft passt.»

8 Wer ist gegen das Abkommen?

Greenpeace fordert den Abbruch der Verhandlungen. Verbraucherschützer fürchten die Absenkung von Qualitätsstandards in Europa. In der Schweiz sind die Bauern die kritischsten Beobachter. Als Blockierer wollen sie nicht bereits vor Abschluss des Vertrags dastehen. So erklärt

der Schweizerische Bauernverband, dass man nicht grundsätzlich gegen ein Freihandelsabkommen sei und man erst die Ergebnisse abwarten müsse. «Wenn TTIP dazu führen würde, dass beispielsweise irische Produkte durch US-Produkte ersetzt würden, dann ist das für die Schweizer Bauern ökonomisch unproblematisch, wobei sich natürlich auch ethische Fragen stellen», sagt Beat Rösli, Leiter Geschäftsbereich Internationales. «Sollten die Einfuhrkontingente und -zölle komplett wegfallen, dann könnten die Schweizer preismässig nicht mithalten. In diesem Fall könnte ein Drittel der Schweizer Bauernbetriebe verschwinden.»

9 Wie geht es jetzt weiter?

Es wird, wie geplant, weiter verhandelt. Ob im Laufe des Jahres jedoch ein Abschluss erzielt werden kann, ist offen. Jan Atteslander von Economiesuisse sagt: «Wir würden das begrüssen.» Die Proteste in der europäischen Bevölkerung dürften jedoch mit den Enthüllungen nicht kleiner werden - zuletzt protestierten allein 35 000 Menschen in Hannover gegen TTIP, im vergangenen Jahr waren es gar 150 000 in Berlin.

Es harzt auf dem Arbeitsmarkt

Beschäftigung Trübe
Aussichten in Industrie,
Handel, Versicherungen und
Gastgewerbe bremsen den
Schweizer Arbeitsmarkt.

Das Beschäftigungsbarometer steht auch im zweiten Quartal im negativen Bereich. Aktuell notiert der Beschäftigungsindikator bei minus 2,7 Punkten, wie KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich am Montag aufgrund der im April durchgeführten Unternehmensumfrage mitteilte. Der Indikator ist damit praktisch unverändert gegenüber dem ersten Quartal. Grund ist, dass weiterhin mehr Firmen von einem zu hohen Personalbestand ausgehen. Zudem planen mehr Firmen, in den nächsten drei Monaten Stellen abzubauen, als sie Stellen schaffen wollen.

Der aktuelle Stand des Barometers deutet gemäss KOF auf eine verhalte-

ne Erholung des Arbeitsmarktes in den kommenden drei Monaten hin. Zwar liegt der Zeiger über den Werten des Vorjahrs nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank.

Der leichte Anstieg zu Jahresbeginn hatte aber die Hoffnung geweckt, dass der Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 2016 wieder Tritt fasst und mehr Firmen Stellen schaffen werden. Der neueste Indikator dämpft diese Erwartung wieder.

Ein Grund für die schleppende Entwicklung ist, dass jene Firmen, die stärker von der überbewerteten Landeswährung betroffen sind, weiterhin Stellen streichen.

So bleiben die Indikatoren für das verarbeitende Gewerbe, den Gross- und Detailhandel sowie das Gastgewerbe im negativen Bereich. Tendenzen zu einem Stellenabbau zeigen sich auch im Versicherungswesen und bei den Banken. (SDA)

Europa Forum Luzern

SNB-Präsident Jordan verfiicht monetäre Souveränität der Schweiz

Monetäre Souveränität sei wichtig und wertvoll - auch wenn sie ihren Preis habe. Das sagte Nationalbankpräsident Thomas Jordan am Europa Forum im Luzerner KKL. Er ist überzeugt: Die Schweiz muss an ihr festhalten.

Die besondere Bedeutung der Eurozone für den Schweizer Aussenhandel habe zur Folge, dass das Wechselkursverhältnis zum Euro eine wichtige Grösse sei, sagte Nationalbankpräsident Thomas Jordan am Europa Forum, das zum Thema «Herausforderung Euro» stattfand. Sowohl für die Schweizer Wirtschaft als auch für die Geldpolitik der Nationalbank.

Daher sei auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) von speziellem Interesse. Auf der einen Seite habe die expansive Geldpolitik der EZB die wirtschaftliche Erholung in der Eurozone gefördert und zum Zusammenhalt der Eurozone beigetragen, sagte Jordan. «Das hat die Nachfrage nach Schweizer Produkten gestützt.»

Andererseits habe die Abschwächung des Euros die Schweizer Produzenten gegenüber ihren europäischen Konkurrenten in eine schwierige Lage gebracht und der Schweizer Geldpolitik Probleme bereitet.

Der Nationalbankpräsident betonte, dass die Einführung des Euro in der Schweiz nicht nur aus politischen und rechtlichen Gründen nicht möglich sei. Es würden ökonomische Gründe gegen den Euro in der Schweiz sprechen. «Die Inflation war in der Schweiz immer vergleichsweise gering», sagte Jordan. Geldpolitische Glaubwürdigkeit musste nicht durch die Anbindung an eine stabile Währung importiert werden.

Thomas Jordan äusserte sich weiter auch zum Mindestkurs. Er soll den Märkten in einer Phase extremer Verunsicherung eine Leitplanke setzen und eine übertriebene Aufwertung reduzieren. Der Mindestkurs sei aber kein Instrument, das auf die Dauer eingesetzt werden könne. Dies gelte insbesondere für ein Land wie die Schweiz. (SDA)

Regionalbank

Valiant Bank ist gut ins Jahr gestartet

Die Valiant Bank nimmt den Schwung des Vorjahrs ins neue Geschäftsjahr mit. Der Gewinn stieg im ersten Quartal gegenüber der Vorjahresperiode markant um 16,6 Prozent auf 23,4 Millionen Franken. Für das Gesamtjahr geht das Institut von einem leicht höheren Gewinn als 2015 aus. Getrieben wurde der Erfolg vom Zinsgeschäft, wie Valiant am Montag mitteilte. Der Erfolg dieses wichtigsten Ertragspfeilers stieg um 6 Prozent auf 70,4 Millionen Franken. Das Ergebnis im Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft sank um 3,8 Prozent. Im Handelsgeschäft resultierte dagegen eine Steigerung um 25,6 Prozent. Der Betriebsertrag erreichte ein Plus von 4,1 Prozent auf 89,2 Millionen Franken. Die Bilanzsumme legte um 1,3 Prozent auf 25,8 Milliarden Franken zu. Die Kundengelder wuchsen in den ersten drei Monaten um 0,3 Prozent auf 18,1 Milliarden Franken. Die Ausleihungen stiegen um 0,5 Prozent auf 22,2 Milliarden Franken. Davon waren 20,4 Milliarden Hypotheken. (SDA)